

„Entwurf der Vergütung zügig umsetzen“

BETREUUNGSVEREINE Astrid Grotelüschen sieht dringenden Handlungsbedarf

WILDESHAUSEN/LANDKREIS/LD –

„Die Erhöhung ist überfällig, die vorgesehenen 17 Prozent werden mehr als dringend gebraucht“, sagt die CDU-Bundstagsabgeordnete Astrid Grotelüschen über den jetzt vom Bundesjustizministerium vorgelegten Referentenentwurf für ein Gesetz zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung. Nach langen Verhandlungen konnte zwischen Bund und Ländern eine Einigung erzielt werden. Ein erster Versuch der Erhöhung mit 15 Prozent war in der vergangenen Legislaturperiode zwar im Bundestag beschlossen worden, aber im Bundesrat versandet.

Deshalb hatte Grotelüschen den Faden sofort wieder aufgenommen, immer im engen Austausch mit den Betreuungsvereinen, unter anderem mit Geschäftsführer Egbert Ahlrichs und seinem



Im Austausch über die Situation des Betreuungsvereins Oldenburg-Land: (von links) Astrid Grotelüschen (CDU),

Team im Landkreis Oldenburg: „Für die Vereine ist es schon lange fünf vor zwölf, ohne Erhöhung geht auch mit Mischkalkulation nichts mehr. Für viele Menschen mit Hilfebedarf, vom Demenzerkrankten bis zum verschuldeten Jugendlichen, geben Be-

Michael Venzke (DRK), Anemarie Glowienka (CDU) und Egbert Ahlrichs (Betreuungsverein). BILD: CDU

treuer Sicherheit mit einem Maximum an Selbstbestimmung. Eine verantwortungsvolle Aufgabe, die in den vergangenen Jahren erheblich an Komplexität gewonnen hat. Hinzu kommen neben steigenden Fallzahlen gerade in unseren ländlichen Regionen

oft weite Wege bei ohnehin knappen Zeitrahmen, die die haupt- und ehrenamtlichen Betreuer und Vereine an ihre persönliche und finanzielle Belastungsgrenze bringen“, so die CDU-Politikerin

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, sei nun Ziel, in einem ersten Schritt die Erhöhung der Vergütung zügig umzusetzen und dann intensiv an der Verbesserung von Qualität und Struktur der rechtlichen Betreuung zu arbeiten. Für ihre über fünfjährige Arbeit an diesem Thema hofft Grotelüschen: „Der Knoten muss endlich platzen. Wir werden im Bundestag zügig das Gesetz auf den Weg bringen. Nichtsdestotrotz müssen die Bundesländer, auch Niedersachsen, ihrer Verantwortung gerecht werden und auch umsetzen, alles andere kann ich den Betroffenen nicht mehr erklären.“